

Schweizer Hängepartie um EU-Abkommen

Geplanter Vertrag mit Brüssel empört viele Eidgenossen – Woran sich unsere Nachbarn stören

Von Jan Dirk Herbermann

GENÈVE - Die Schweizer Regierung hat Ärger mit Europa: An diesem Freitag muss sich Helvetiens Bundespräsident Guy Parmelin auf den Weg nach Brüssel machen, um bei der Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, vorstellig zu werden. Es wird ein Bittgang.

Entzündet hat sich der Streit an dem geplanten Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU. Der Bundespräsident des EU-Nichtmitglieds will den unterschrittsreifen Vertrag nachverhandeln – die EU hingegen verspürt nach rund sieben Jahren Verhandlungsmarathon mit den Schweizern keine Lust, weiter zu feilschen. Immerhin soll es in der EU-Kapitale sachlich zugehen. „Ich werde nicht Boris Johnson spielen“, versicherte Parmelin gegenüber der Zeitung „Le Matin“.

Anders als der exzentrische britische Premierminister Johnson gilt Parmelin als pragmatischer Brückenbauer. Bundespräsident und Wirtschaftsminister Parmelin, ein jovialer Weinbauer aus dem französischsprachigen Landesteil, wird bei von der Leyen auf die typisch Schweizerische Politik der Konsensbildung setzen. Ob sich die Rivalen einigen, ist laut Beobachtern der Berner Politzscene jedoch völlig offen. Viele Abgeordnete des Schweizer Parlaments, wie Franz Grüter, Nationalrat der rechtsnationalen



Grenzübergang zwischen Konstanz und Kreuzlingen: Die Europäische Union und die Schweiz sind wirtschaftlich eng verbunden. Ein Rahmenabkommen, das die Beziehungen neu regeln soll, ist unter den Schweizern umstritten. ARCHIVFOTO: FELIX KÄSTLE/DPA

Schweizerischen Volkspartei (SVP), fordern dagegen unverblümt: „Der Moment ist gekommen, wo dieses Rahmenabkommen beerdigt werden muss.“

Ein Aus der Gespräche käme einer Blamage gleich. Die ohnehin schwierigen Beziehungen zwischen Brüssel und Bern würden einen Tiefpunkt erreichen, auf beiden Seiten könnte ein

immenser ökonomischer Schaden entstehen. Die EU macht klar: Ohne Rahmenabkommen werden keine neuen Verträge mit der Schweiz über den Zugang zum EU-Binnenmarkt

abgeschlossen, etwa über den Erwerb von Strom. Die EU gilt als wichtigster Handelspartner Helvetiens. Nach Berner Regierungsangaben von 2020 gehen 51 Prozent aller Schweizer Exporte in die EU. Rund 69 Prozent ihrer Importe bezieht die Alpenrepublik aus der Union.

Um diese engen Bande weiter zu festigen, verhandeln Spitzenbeamte beider Seiten seit 2014 über das Rahmenabkommen. Seit 2018 liegt ein komplexer Vertragsentwurf vor, unterschrittsreif. Das bisherige Verhandlungsergebnis spiegelt letztlich die Machtverhältnisse zwischen der EU und der Eidgenossenschaft wider: Auf der eine Seite der Staatenbund mit 447 Millionen Einwohnern, auf der anderen Seite die Eidgenossenschaft mit 8,6 Millionen Menschen.

Der Deal soll übergreifende Fragen in fünf bisherigen und zukünftigen Wirtschaftsabkommen beantworten. So wird bestimmt, wie die Schweiz EU-Recht übernimmt. Doch die Schweizer Regierung will, nicht zuletzt aufgrund innenpolitischen Drucks, Nachbesserungen erreichen, etwa bei Lohn- und Arbeitnehmerenschutz. Zündstoff bergen auch die Fragen, wie und wann EU-Bürger, die in der Schweiz leben, in den Genuss von Sozialleistungen und eines dauerhaften Aufenthaltsrechts kommen können.

Rahmenabkommen

Das geplante „Institutionelle Abkommen“ zwischen der Schweiz und der EU soll den wirtschaftlichen Beziehungen eine feste Struktur geben, einen Rahmen eben. Dieser Rahmen umschließt fünf bereits existierende Zugangsabkommen der Schweizer zum EU-Binnenmarkt, etwa über Personenfreizügigkeit und Agrargüter. Alle künftigen Übereinkünfte, etwa ein angestrebtes Dokument über den lukrativen Strommarkt, wären ebenfalls abgedeckt. Dem Entwurf zufolge würden die Schweizer sich künftig verpflichten, neue Regelungen der EU auf den relevanten Feldern zu übernehmen. Und der Europäische Gerichtshof hätte bei Streitigkeiten das letzte Wort. Die Schweiz und die EU haben seit den 1990er-Jahren laut der Regierung in Bern rund „20 Hauptabkommen und zahlreiche weitere Abkommen abgeschlossen“, die die Zusammenarbeit regeln. (jdh)

Das bisherige Ergebnis löste im gesamten politischen Spektrum Helvetiens Empörung aus: Am lautesten wettete die SVP gegen den „Unterwerfungsvertrag“. Bei der „Zuwanderung, dem Zugang zu unseren Sozialversicherungen, dem Verkehr auf unseren Straßen und Schienen“ würde sich die Schweiz einseitig dem EU-Recht beugen, schimpft der SVP-Fraktionsvorsitzende im Parlament, Thomas Aeschi. Der Bundesrat plane die „institutionelle Einbindung der Schweiz in den EU-Apparat“.

Ins gleiche Horn stößt Gerhard Pfister, Parteichef der „Mitte“, der früheren christsozialen CVP. „Die Rolle des Europäischen Gerichtshofs im Rahmenabkommen ist toxisch“, machte er in einem Interview mit dem „Tages-Anzeiger“ klar. Und auch auf der linken Seite staut sich der Unmut über das Rahmenabkommen in seiner jetzigen Form: „Der vorliegende Entwurf verletzt fast alle roten Linien“, heißt es aus der Sozialdemokratischen Partei. Die SP fürchtet vor allem, dass Einwanderer aus der EU die hohen Löhne in der wohlhabenden Schweiz nach unten ziehen könnten.

Falls der Bundesrat und die EU-Kommission sich doch zum gemeinsamen Entwurf und ein Rahmenabkommen unterzeichnen, wäre das noch nicht das Ende des Streits. Das letzte Wort zu dem Vertrag dürften am Ende die Schweizer Stimmbürger haben.

Nachgefragt

„Rosinenpicken geht nicht“

RAVENSBURG - Europa und der Schweiz sollten ihre Zusammenarbeit weiter vertiefen, findet der CDU-Europaabgeordnete Andreas Schwab aus Rottweil (Foto: oh). Warum es dafür das Rahmenabkommen braucht, erklärt der Vorsitzende der Schweiz-Delegation des EU-Parlaments im Gespräch mit Ulrich Mendelin.



Auch ein Scheitern der Gespräche würde nicht gleich das Ende der bestehenden Verträge bedeuten. Hätte es überhaupt Auswirkungen auf die Wirtschaft im grenznahen Raum, am Bodensee und in Südbaden?

Es ist nicht so, dass am Tag nach der möglichen Ablehnung eines Rahmenabkommens die Grenzen dichtgemacht würden. Aber in Europa verbessern wir unsere Zusammenarbeit immer weiter, neue Gesetze kommen hinzu, neue Regeln werden geschaffen. Wenn die Schweiz dauerhaft zurückfällt, dann entsteht ein Rückstand, der zu

Frustration führen wird. Die Schweizer wollen doch weiterhin ihre Produkte unkompliziert nach Europa liefern. Wir sehen doch in Großbritannien, dass lange Schlangen an den Grenzen nichts bringen. Um die Zusammenarbeit zu erhalten, müssen wir das in einem Vertrag abbilden, dafür soll das Rahmenabkommen dienen.

Wo verhindert das bislang fehlende Rahmenabkommen eine engere Zusammenarbeit?

Ein aktuelles Beispiel ist der europäische Strom-Binnenmarkt. Da die Schweiz mitten in Europa liegt, gibt es eine ganze Reihe von Stromtrassen, die über Schweizer Gebiet laufen können und damit auch Schweizer Strommarktinteressen berücksichtigen können. Aber solange wir das Rahmenabkommen nicht abschließen, können wir keine neuen Abkommen mehr schließen.

Deswegen tritt alles auf der Stelle. Und wer am Binnenmarkt teilnehmen will, muss auch die dazu notwendige Verantwortung übernehmen. Rosinenpicken geht nicht.

Was steht für Grenzpendler auf dem Spiel?

Die Grenzgänger haben nach jetzigem Kenntnisstand keine wesentlichen Erschwernisse zu befürchten. Aber die Unternehmen, für die sie arbeiten, könnten ihre Produkte in Europa mittelfristig schwerer vertreiben. Bei den Schweizer Maschinenbauern gibt es solche Befürchtungen, genauso wie bei den Herstellern medizinischer Produkte. Insofern könnte sich das allgemeine wirtschaftliche Klima für die Schweiz verschlechtern. Das wollen wir nicht. Wir wollen unsere Zusammenarbeit auf dem heutigen Niveau halten und noch verbessern.

Beim Klimaschutz sind plötzlich die Amerikaner Vorbild

Große Koalition will erneuerbare Energien etwas stärker ausbauen, doch Umweltverbänden reicht das nicht

Von Igor Steinle

BERLIN - Dass die deutschen Umweltverbände mal neidisch in Richtung USA schauen würden, hätte man sich bisher nicht denken können. „In den USA werden gerade massive Investitionen in die Zukunft aufgerufen“, sagt Kai Niebert, Präsident des Deutschen Naturschutzbündnisses (DNR), so etwas wie der DGB der deutschen Umweltschützer. Rechne man die milliardenschweren US-Ausgaben in den Klimaschutz auf Europa um, werde der Green Deal des alten Kontinents zur kleinen Nummer.

Die Augen aller Klimaschützer richten sich gerade nach Washington, wo einen Tag, nachdem die EU ihr neues, ambitioniertes Klimaziel ausgerufen hat, US-Präsident Joe Biden nachzog. Auf einem virtuellen Klimagipfel mit Staatschefs aus aller Welt kündigte er an, die US-Klimaziele ebenfalls anzuheben. Demnach wollen die Vereinigten Staaten im Jahr 2030 fünfzig Prozent weniger CO₂ ausstoßen, als dies 2005 der Fall war.

„Die USA sind mit Wumms zurück“ heißt es auch beim WWF. „Die EU und Deutschland müssen aufpassen, in Sachen Klimaschutz nicht von den USA überholt zu werden“, sagt Klimaexperte Niklas Höhne. Während die klimapolitische Dynamik international an Fahrt aufnimmt, kommt die Große Koalition beim

Ausbau von Wind- und Sonnenstrom nur in Trippelschritten voran. Zwar konnten SPD und CDU sich am Donnerstag einigen, die Ausbauziele für Windkraft und Solarenergie anzuheben. Die neuen Zahlen kommen jedoch nicht mal in die Nähe der neuen europäischen Klimavorgaben. Sie erreichen nicht einmal das Niveau der Absichtserklärung, die CDU und SPD im Dezember verfasst hatten.

Allerdings ist schon die Einigung an sich ein Erfolg, der nicht zwingend zu erwarten war. Grund sind die Verstrickungen der maßgeblichen Unions-Energieexperten Georg Nüßlein (CSU) und Joachim Pfeiffer (CDU) in Masken- und Nebentätigkeitsaffären. Die SPD hat die Gespräche vor einem Monat nach Bekanntwerden der Vorwürfe unterbrochen, weil sie die Unabhängigkeit der Unionskollegen in Zweifel gezogen sah. Beide Abgeordnete sind inzwischen von ihren Ämtern zurückgetreten.

Nun scheint sich die Hoffnung der Sozialdemokraten bewahrheitet zu haben, dass die Gespräche ohne Nüßlein und Pfeiffer konstruktiver verlaufen könnten. Beiden waren für ihre Blockadehaltung beim Ausbau erneuerbarer Energie bekannt, Grünen-Fraktionsvize Oliver Krischer prägte für sie den Begriff der „Anti-Windkraft-Taliban“.

Mit den neuen europäischen Vorgaben wird diese Haltung langfristig

nicht mehr durchsetzbar sein. Denn für Deutschland wird das neue Klimaziel erhebliche Mehranstrengungen bedeuten, die nach Meinung vieler Experten nur zu schaffen sind, wenn das Land weitgehend elektrifiziert wird: Im Verkehr müssen Elektroautos die Verbrenner ersetzen, in Gebäuden Wärmepumpen Öl- und Gasheizungen, die Zement-, Stahl- und Chemieindustrie von fossiler Energie auf Wasserstoff umstellen. Der Stromverbrauch, so sind sich Ex-



Windkraftanlage in Bau: Der Strombedarf in Deutschland wird weiter wachsen. FOTO: JOCHEN TACK/IMAGO IMAGES

perten lagerübergreifend sicher, wird in Zukunft deswegen massiv ansteigen.

Peter Altmaiers (CDU) Wirtschaftsministerium jedoch geht nach wie vor davon aus, dass die zusätzliche Stromnachfrage durch Effizienzmaßnahmen ausgeglichen wird und der Strombedarf deswegen konstant bleibt. Die Experten vom renommierten Energiewissenschaftlichen Institut (EWI) sind sich deswegen sicher: Nach derzeitigem Stand wird Deutschland seine Ökostromziele krachend verfehlen. Auch DNR-Präsident Niebert fordert hier Bewegung: Die Ausbaupfade müssten den zusätzlichen Strombedarf abdecken.

Dafür seien auch die Länder in der Pflicht. Die würden nicht genug Flächen ausweisen und müssten zudem ihre Behörden besser ausstatten. Denn selbst wenn der Bund Ökostrom wie nie ausbauen wollte, würde er durch die Bürokratie gehemmt. So dauert es in der Regel mehrere Jahre, bis ein Windrad genehmigt ist. Dafür ist auch ein föderaler Flickenteppich in Sachen Artenschutz verantwortlich: Jedes Land hat andere Regeln, mit denen es Vögel vor Windrädern schützen möchte. Zumindest für dieses Problem hat Umwelt-Staatssekretär Flasbarth eine Lösung angekündigt. Sollten die Länder sich nicht einigen, will er den Vögelfrieden per Bundesgesetz erzwingen.

Nachgefragt

„Langfristig auf Wasserstoff setzen“

BERLIN - Die zentrale Frage der Energiewende lautet, ob genug Wasserstoff vorhanden ist, meint ENBW-Vorstandsmitglied Georg Stamatelopoulos (Foto: oh) im Gespräch mit Igor Steinle. Es könne gelingen.



Ist die Stromversorgung sicher?

Ja, es drohen keine Blackouts. Allerdings müssen wir mehr erneuerbare Energien ausbauen, sonst wird die Energiewende nicht gelingen. Außerdem brauchen wir mehr wetterunabhängige Leistung. Gaskraftwerke etwa können schnell runter- und hochgefahren werden, wenn gerade kein Wind weht und die Sonne nicht scheint. Darüber hinaus brauchen wir Energiespeicher wie Batterien, Pumpspeicherkraftwerke und Biomasse. Die haben allerdings den Nachteil, dass sie für eine Dunkelflaute von 14 Tagen, also einen langen Zeitraum ohne Wind und Sonne, nicht ausreichen. Deswegen müssen wir langfristig vor allem auf Wasserstoff setzen. Wenn wir genug Wasserstoff haben, ist die Energiewende im Grunde vollendet. Auch Gaskraftwerke können mit geringen Umbaumaßnahmen auf Wasserstoff umgestellt werden.

Sind genug Gaskraftwerke im Bau?

Zunächst einmal haben wir noch genug konventionelle Kraftwerke in Betrieb, die eine Stromlücke verhindern. Die dürfen nur abgeschaltet werden, wenn die Bundesnetzagentur sie nicht als systemrelevant einstuft, was im Grunde bei allen Kraftwerken südlich der Main-Linie der Fall ist. Kohle ist natürlich eine Sackgassentechnologie. Bei Gaskraftwerken sieht es anders aus, weil sie mit relativ überschaubarem Aufwand auf grüne Gase – Biogas oder Wasserstoff – umgestellt werden können.

Brauchen wir Atomstrom?

Das ist eine theoretische Diskussion. Der Rückbau der Kernkraftwerke ist in vollem Gange, der Atomausstieg kann praktisch nicht mehr rückgängig gemacht werden. Reichen denn die Flächen für so viel Wind- und Sonnenstrom? Ja, mir machen eher die Akzeptanz- und Genehmigungsprobleme Sorgen. Es dauert über 60 Monate, um einen kleinen Windpark mit drei Windrädern genehmigen zu lassen, so wird die Energiewende nicht gelingen. Wir brauchen mindestens doppelt so viel Wind- und Solaranlagen, wie es momentan gibt. Deswegen müssen wir die Bevölkerung stärker von der Notwendigkeit des Ökostrom-Ausbaus überzeugen.